GENDER OPEN REPOSITORIUM

Frauenparteien : Phantasterei oder politischer Machtfaktor?

Schüller, Elke

2000

https://doi.org/10.25595/1506

Veröffentlichungsversion / published version
Zeitschriftenartikel / journal article

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Schüller, Elke: *Frauenparteien : Phantasterei oder politischer Machtfaktor?*, in: Ariadne : Forum für Frauen- und Geschlechtergeschichte (2000) Nr: 37/38, 64-71. DOI: https://doi.org/10.25595/1506.

Diese Publikation wird zur Verfügung gestellt in Kooperation mit dem Archiv der deutschen Frauenbewegung (AddF).

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer CC BY 4.0 Lizenz (Namensnennung) zur Verfügung gestellt. Nähere Auskünfte zu dieser Lizenz finden Sie hier:

https://creativecommons.org/licenses/by/4.0/deed.de

Terms of use:

This document is made available under a CC BY 4.0 License (Attribution). For more information see:

https://creativecommons.org/licenses/by/4.0/deed.en

GenderOpen – Repositorium für die Geschlechterforschung: www.genderopen.de

FREIE UNIVERSITÄT BERLIN

HUMBOLDT-UNIVERSITÄT ZU BERLIN

Inhalt

Impressum 2

Editorial 3

Inhalt 5

Ein Schritt zurück und zwei vor
oder: Was wünschen sich Emanzen eigentlich zum neuen Jahrhundert? 7
KERSTIN WOLFF

Mehr als einhundert Jahre Frauenbewegung. Traditionen und Unerledigtes 14
UTE GERHARD

Geschichte(n) der Frauenbewegung in Deutschland
Ereignisse, Themen und ihre Konjunkturen 22
ULLA WISCHERMANN

Verein und soziale Bewegung
Zur politischen Struktur der deutschen Frauenbewegung im 20. Jahrhundert 30
KIRSTEN HEINSOHN

Vordenkerinnen, Organisatorinnen, Freundinnen, Gegnerinnen
Beziehungen und Netzwerke in der Frauenbewegung 36
CHRISTINA KLAUSMANN

Das wiederholte verAlten der Emanzipation
Die Generationenfrage in der deutschen Frauenbewegung des 20. Jahrhunderts 42
IRENE STOEHR

Weiberwirtschaft. Einblicke in die Finanzgeschäfte der Frauenbewegung 50
GILLA DÖLLE

Der Widerspenstigen Zähmung
100 Jahre politische Partizipation von Frauen – ein Rückblick 58
BIRGIT MEYER

Frauenparteien. Phantasterei oder politischer Machtfaktor? 64
ELKE SCHÜLLER

Emanzipation durch Arbeit? 72
ILONA OSTNER

100 Jahre Frauenfriedensaktivitäten in Deutschland. Strategien, Positionen
und Geschlechtsrollenkonstruktionen im Diskurs um Krieg und Frieden 77
UTE KÄTZEL

Feministischer Pazifismus
Der Deutsche Zweig der Internationalen Frauenliga für Frieden und Freiheit
1915-1933 84
JENNIFER ANNE DAVY

86 »Die germanischsten unter den Frauen«. Frauen in rechtsextremen Bewegungen
RENATE BITZAN / CHRISTIANE STREUBEL

94 Vom Patriarchat zum Gender Mainstream
Die rechtliche Entwicklung im vergangenen Jahrhundert
CHRISTEL RIEDEL

100 Von der Sexualreform bis zur sexuellen Revolution
Sexualität und sexuelle Gewalt als Themen der Frauenbewegung
TANJA HOMMEN

106 Der Gebärstreik – revolutionäre Waffe oder »quacksalberisches Mittel«?
Eine Geschichte von weiblicher Selbstbestimmung und staatlicher Bevormundung
INKA HAAS

112 (Stief-)Schwestern? Notizen zu 130 Jahren Frauen- und Lesbenbewegung(en)
MARGIT GÖTTERT

118 Schreckbilder und Visionen von einer anderen Gesellschaft
Die Geschichte der Matriarchatsidee
BRIGITTE RÖDER

124 Persönliche Denkgeschichten
LOUISE OTTO-PETERS
GERTRUD BÄUMER
ELSE ULICH-BEIL
LIDA GUSTAVA HEYMANN / ANITA AUGSPURG
DOROTHEE VON VELSEN
GABRIELE STRECKER
ELISABETH SELBERT
GISELA BRACKERT
REGINE HILDEBRANDT
FLORENCE HERVÉ
ILSE KOKULA
INGE VON BÖNNINGHAUSEN
LUISE F. PUSCH
URSULA NIENHAUS
SABINE HERING
VERENA STEFAN
ADRIENNE GOEHLER
CHRISTINA THÜRMER-ROHR
MARIE MARCKS
SIGRID METZ-GÖCKEL

136 Freundinnen des Archivs der deutschen Frauenbewegung

137 Rezensionen

Frauenparteien

Phantasterei oder politischer Machtfaktor?

ELKE SCHÜLLER

Das Konzept einer reinen Frauenpartei ist kurz nach 1900 entstanden und hat seitdem in der Frauenwelt heftige Kontroversen hervorgerufen. Aus der immer gleichen Unzufriedenheit über die immer gleichen geschlechtsspezifischen Benachteiligungen und die männlich dominierten Partei- und Machtstrukturen wurden während des gesamten 20. Jahrhunderts Frauenparteien gegründet, insgesamt vierzehn Mal. Begründet wurde dies jedes Mal mit der unzureichenden Vertretung frauenpolitischer Interessen durch die (Männer-)Parteien und der, im Vergleich zu ihrem Bevölkerungsanteil von mehr als 50%, äußerst mangelhaften Repräsentanz der Frauen in Parlamenten und Regierungen, wo sie lange Zeit nur eine Quantité négligeable darstellten. Eine Frauenpartei galt (und gilt) vielen deshalb als möglicher ›dritter Weg‹ – jenseits männlich geprägter und dominierter Parteistrukturen und auch jenseits außerparlamentarischer Einmischung über die Frauenbewegung – politische Macht erreichen zu können.

Gründung einer ersten Frauenpartei im Kaiserreich

Zu einer Zeit, als die Frauen noch nicht wahlberechtigt waren, ja noch nicht einmal Mitglieder politischer Vereine und Parteien werden konnten oder auch nur deren Versammlungen besuchen durften, gründete sich 1907 in Berlin die erste deutsche Frauenpartei, die sich Liberale Frauenpartei nannte. Sie konnte weder zu Wahlen antreten, noch Vertreterinnen in die Parlamente entsenden und musste sich auf einem schmalen Grad zwischen Ungesetzlichkeit und der Gefahr des Verbots auf der einen Seite sowie Tolerierung durch die örtlichen Polizeibehörden auf der anderen Seite bewegen.[1]

Ihr Programm war stark nationalistisch eingefärbt, der Leitgedanke besagte, dass *»nationale Stärke nach außen und Freiheit im Inneren, die zwei unerläßlich zusammengehörigen Hälften des großen Ganzen sind, das wir das neue Deutschland nennen.«*[2] Von sieben Programmpunkten war folgerichtig der erste *»Nationale Wehrkraft«* betitelt und forderte *»eine Armee und Flotte, welche Deutschland befähigen, seine Weltmachtstellung aufrecht zu erhalten«*. Erst Punkt 7 betonte die *»Friedensbestrebungen«* und plädierte für ein internationales Schiedsgericht. Wichtigste frauenpolitische Forderung war *»das allgemeine, gleiche, direkte und geheime Wahlrecht zum Reichstag und zum Landtag für Männer und Frauen«*, womit die Frauenpartei in der Gretchenfrage der damaligen Frauenbewegung – welches Stimmrecht für Frauen gefordert werden solle – eindeutig Stellung bezogen hatte.[3]

Personell rekrutierte sich die Liberale Frauenpartei aus dem Zentrum des radikalen Flügels der Frauenbewegung: an der Parteispitze stand eine seiner *»bewährtesten und bekanntesten Führerinnen«*[4], Maria Lischnewska. Die Parteigründung fand jedoch keineswegs ungeteilte Zustimmung innerhalb der Radikalen. Lida Gustava Heymann, stellvertretende Vorsitzende des Verbandes für Frauenstimmrecht, veröffentlichte eine strikte Ablehnung und verursachte damit eine Debatte im »Centralblatt«[5] des Bundes Deutscher Frauenvereine (BDF), deren Ton, besonders zwischen Lischnewska und Heymann, zunehmend an Schärfe gewann und an deren Ende Heymann schließlich die Gründerin der Liberalen Frauenpartei barsch als *»politischen Gegner«* abkanzelte.[6]

Der Liberalen Frauenpartei schlug in der gesamten Diskussion fast einhellige Ablehnung aus der Frauenbewegung entgegen. Die negative Haltung hatte sowohl ganz prinzipielle wie auch sehr spezielle Gründe. Grundsätzlich wurde eine Frauenpartei als separatistisch empfunden und statt dessen einhellig für die Mitarbeit in den Parteien der Männer plädiert: *»Wenn irgendwo die Forderung gemeinsamer Arbeit von Mann und Frau notwendig ist, so auf diesem Gebiete, hier können Männer und Frauen zum Wohle des Ganzen viel von einander lernen, sie werden sich aber niemals näher treten, sich achten und würdigen lernen, wenn beide in der bisherigen verhängnisvollen Abgeschlossenheit beharren.«*[7] – so Lida Gustava Heymann. Sie machte außerdem unverblümt deutlich, dass eine Frauenpartei auch als unliebsame Konkurrenz zur Frauenbewegung angesehen wurde, und zwar ganz besonders zum Verband für Frauenstimmrecht, dem nicht nur Heymann, sondern auch Lischnewska angehörten.

Die spezielle Kritik an der Liberalen Frauenpartei bezog sich auf ihre politische Couleur. Ganz besonders der nationalistische Tenor des Parteiprogramms, das *»mit Feuereifer für unsere Kolonien und ständige Vermehrung unserer Flotte«* eintrat, stieß auf Ablehnung: *»So ist das einzig Neue und Überraschende an dem Programm, daß eine Frauenpartei die Forderungen für Heer und Flotte an die Spitze dessel-*

ben und die Idee der Friedensbestrebungen zu allerletzt stellt. Ich möchte das alte Wort dahin variieren: ›Das Programm enthält manch Gutes und Neues, nur daß das Neue nicht gut und das Gute nicht neu ist.‹«[8] – so ein Beitrag der Debatte im »Centralblatt«. Lida Gustava Heymann kritisierte besonders, dass im Programm der Liberalen Frauenpartei *»die Grundlage aller Frauenbestrebungen, die Gleichstellung der Geschlechter vor dem Gesetz und in der Verwaltung, die Übertragung der Staatsämter und aller Berufe an beide Geschlechter unter gleichen Bedingungen, vollständig außer acht gelassen«* wird.[9] In ihrer Replik stellte Maria Lischnewska dem gegenüber: *»Wir sind keine Organisation zur Vertretung der Frauenrechte. Dafür ist die deutsche Frauenbewegung da, und sie macht ihre Sache vorzüglich. Wir stützen sie aber durch einen Teil unseres Programms, weil wir Frauen sind.«*[10]

Trotz dieser heftigen Debatte blieb Lischnewska im Verband für Frauenstimmrecht aktiv und auch die Liberale Frauenpartei wurde von ihr zunächst ebenfalls weitergeführt. Diese ging aber vermutlich 1908 sang- und klanglos ein, nachdem die Frauen infolge des reformierten Vereinsgesetzes im ganzen Deutschen Reich die formale Möglichkeit zur parteipolitischen Betätigung bekommen hatten. Nun rückte die Integration der Frauen in das bestehende (Männer-)Parteiensystem in den Vordergrund, die Avantgarde der bürgerlichen Frauenbewegung schloss sich den linksliberalen Parteien an, darunter auch Maria Lischnewska, die sogleich Mitglied der Freisinnigen Volkspartei wurde.[11]

Enttäuschung und Frustration in den Parteien waren allerdings vorprogrammiert, denn es wurde bald deutlich, dass *»keine der Parteien [...] die Ideale der Frauenbewegung rein dar(stellte, d.A.); jede einzelne blieb grundsätzlich und praktisch weit hinter dem zurück, was die Frauen fordern mußten, keine einzige war bereit, mit der Interessenvertretung der Frauen wirklich ernst zu machen«*[12], attestierte Agnes von Zahn-Harnack.

Diskussion über Frauenparteien und Frauenlisten in der Weimarer Republik

Trotz solcher Enttäuschungen kam das Thema Frauenpartei zehn Jahre lang nicht wieder auf die politische Agenda. Dies änderte sich erst als die Frauen in der Novemberrevolution 1918 das politische Wahlrecht erhielten und zu vollwertigen Staatsbürgerinnen wurden. Innerhalb der bürgerlichen Frauenbewegung wurde nun *»mit besonderem Ernst und einer Hochstimmung«* intensiv beraten, ob der Weg in die Zentren der politischen Macht, die Parlamente und Regierungen über die (Männer-)Parteien führen müsse oder eher über eine Frauenpartei. Ergebnis war, *»daß man keinesfalls jetzt den Gedanken einer Frauenpartei verfolgen dürfe: ›Die Frauen dürfen sich nicht auf eine Insel zurückziehen, wo sie gewissermaßen über dem Kampf stehen und überparteiliche Werte pflegen – nein, sie müssen sich hineinstürzen in die Wogen des Kampfes [...] – und in den Stunden der Entscheidung, wenn die Würfel fallen, dann ist der Platz der Frauen in den Parteien.‹«*[13] Trotz dieser ablehnenden Haltung der Frauenbewegung entstand 1919 in Berlin eine Freie Frauen-Partei Deutschland.[14] Die Partei fand später nirgendwo mehr Erwähnung, anscheinend hat sie es also zu keinerlei Bedeutung gebracht.

Angesichts der Wahlergebnisse zur Nationalversammlung Anfang 1919, die einen Frauenanteil von lediglich 9,6% erbrachten, ergriff Lida Gustava Heymann, die erfolglos als Parteilose auf der Liste der USPD kandidiert hatte,[15] tief enttäuscht erneut die Initiative und entwikkelte in der von ihr und Anita Augspurg gerade gegründeten Zeitschrift »Die Frau im Staat« eine neue Idee, um die Zahl der weiblichen Abgeordneten aller Parteien zu erhöhen: *»Es sollte sich dabei weder um eine neue zu begründende Frauenpartei noch um Frauen l i s t e n handeln, sondern um e i n e Frauen l i s t e, auf der die weiblichen Kandidaten aller Parteien wie der parteilosen Frauen aufgestellt worden wären.«*[16] Wie schwierig dies sein würde, war Lida Gustava Heymann durchaus bewusst, trotzdem nahm sie während der gesamten Weimarer Republik, zuletzt 1931, ihre mit Vehemenz vorgetragene Forderung immer wieder auf: *»Wir brauchen Frauenlisten!«*[17] Obwohl es ab 1924 Meldungen über einzelne erfolgreiche Frauenlisten gab – allerdings nur auf kommunaler Ebene und in kleineren Orten[18] –, musste Heymann in ihren Lebenserinnerungen konstatieren: *»Unsere Bemühungen blieben aber erfolglos.«*[19]

Der gemäßigte Teil der bürgerlichen Frauenbewegung schaltete sich erst 1924 wieder in die Debatte um die politische Vertretung der Frauen ein. Auslöser war der weitere kontinuierliche Rückgang des Anteils weiblicher Abgeordneter in den deutschen Parlamenten: im Reichstag war er auf 5,7% gesunken. Der Bund Deutscher Frauenvereine (BDF) diskutierte nicht nur auf seiner Generalversammlung in Mannheim lebhaft die Möglichkeit einer Frauenpartei oder einer Frauenliste, er drohte auch

»Die Frauen dürfen sich nicht auf eine Insel zurückziehen, wo sie gewissermaßen über dem Kampf stehen und überparteiliche Werte pflegen – nein, sie müssen sich hineinstürzen in die Wogen des Kampfes.«
Agnes von Zahn-Harnack, 1928

Bild links im Text:
Maria Lischnewska

in einem Schreiben an sämtliche Parteileitungen: *»Wenn die Parteien nicht rechtzeitig den unbeirrbaren Willen der Frauen erkennen, sich nicht zurückdrängen zu lassen, sondern ihre Mission als Staatsbürgerinnen in der Politik aktiv zu erfüllen, weisen die Parteien die Frauen selbst auf die Notwendigkeit hin, neue Wege zur Erreichung ihrer Ziele zu suchen.«*[20] Am »Vorabend der Wahl« vom Dezember 1924 ertönte denn auch immer stärker *»der Ruf nach ›Gewaltmaßregeln‹, nach Absonderung in einer Frauenpartei oder gar Wählerinnenstreik«*.[21]

Durch die intensiven Debatten über Frauenparteien und Frauenlisten in der bürgerlichen Frauenbewegung[22] sahen sich nun auch die Parteifrauen genötigt, sich damit auseinander zu setzen. Die Partei- und Tagespresse druckte *»aus der Feder von stark im Parteileben stehenden Frauen scharfe Gegenäußerungen gegen die Frauenpartei«* ab.[23] Speziell der Reichsparteivorstand der SPD forderte in seiner Frauenzeitschrift »Genossin« die Funktionärinnen zur Stellungnahme über eine Frauenpartei auf, *»da es anzunehmen ist, daß wir [...] über kurz oder lang von den bürgerlichen Frauen vor diese Frage gestellt werden können.«*[24] Da nur drei Zuschriften eingingen, lautete das Fazit der Redaktion: *»Wir nehmen daher an, daß alle Genossinnen im Reich mit uns der Meinung sind, daß es für uns nur e i n Ziel gibt: den Sozialismus, und daß wir dieses Ziel nur g e m e i n s a m mit unseren Genossen erreichen können.«*[25]

Katharina von Kardorff, 1931

Gegen Ende der Weimarer Republik erhielt die Diskussion über Frauenparteien und Frauenlisten in der gemäßigten Frauenbewegung neuen Auftrieb. In Anbetracht der Zuspitzung der politischen Verhältnisse in Deutschland, sicher aber auch angeregt durch die Konstituierung einer Frauenpartei in Österreich,[26] beriet der BDF 1930 erneut *»lebhaft«* über die *»Möglichkeiten eines selbständigen Vorgehens der Frauen.«*[27] Emma Ender, bis 1929 BDF-Vorsitzende, zeigte sich in einer vertraulichen Beratung höchst alarmiert durch den *»beispiellosen«* Wahlerfolg der NSDAP, die es *»in einer Zeit des aktiven und passiven Frauenwahlrechts riskieren konnte, in den Wahlkampf zu gehen, ohne überhaupt Frauen aufzustellen.«* Ender befürchtete, dass dadurch *»die bei allen Parteien ohnehin schwache Position der Frauen auf Grund dieser Erfahrung weiter geschwächt werden wird«* und warf den Wählerinnen vor, dass sie sich als *»die zahlenmäßig Stärkeren, das Beiseiteschieben der Frauen haben gefallen lassen.«* Deshalb hielt sie den Zeitpunkt für gekommen, an dem die Frauen *»sich auf einen selbständigen Schritt besinnen«* und eine Frauenpartei gründen müssten als *»etwas, was uns die Verhältnisse, die politische Not der Zeit als eine Verpflichtung von unserem Frauenstandpunkt aus aufgedrängt haben, [...] selbst wenn man alle Schwächen des Planes erkennt.«*[28] Zustimmung erzielte dieser Appell bei den anderen Teilnehmerinnen der Beratung trotz allem aber nach wie vor nicht.

Zum letzten Mal wurde in der Weimarer Republik 1931 die Frage *»Brauchen wir eine Frauenpartei?«* öffentlich gestellt, und zwar von Katharina von Kardorff, frühere Reichstagsabgeordnete der DVP und noch früher Mitgründerin des Bundes für Mutterschutz. Sie forderte, dass zunächst *»unbedingt«* in jeder Partei Frauenlisten eingerichtet werden sollten und falls dies nichts helfe, so müsse *»vielleicht der viel schwerere Weg der Gründung einer Frauenpartei gegangen werden, den ich persönlich allerdings nicht für wünschenswert erachte, den ich aber als Druckmittel den Parteien gegenüber – mögen sie heißen wie sie wollen – als eine berechtigte Waffe erachte.«*[29]

Vorläufig sollte es allerdings keine Möglichkeit mehr für die Frauen geben, diesen Weg zu gehen: ab 1933 war nicht nur die NSDAP die einzige noch in Deutschland zugelassene Partei, sondern den Frauen wurde von den Nationalsozialisten auch das passive Wahlrecht wieder aberkannt.

Gründungsboom von Frauenparteien nach 1945

Nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges und der Naziherrschaft wurden nicht nur bald die

alten Parteien wieder und einige neu konstituiert, es entstanden auch in allen Besatzungszonen überparteiliche Frauenausschüsse, die als Interessenvertretung der Frauen fungierten und sich später zu den Frauenverbänden zusammenschlossen. Obwohl diese sich nicht nur für die Verbesserung der schwierigen Lebenssituation, sondern insbesondere für die Durchsetzung der Gleichberechtigung und die aktive Teilhabe der Frauen in allen Bereichen des öffentlichen Lebens, ganz besonders am demokratischen Wiederaufbau Deutschlands einsetzten, waren einige Frauen unzufrieden mit ihrem organisatorischen Konzept: *»Die Arbeit in den Frauenvereinen genügt nicht. Wir müssen ins Parlament hinein. Denn nur eine Partei tritt im Parlament in Erscheinung und erhält damit den Einfluß auf die Gestaltung des öffentlichen Lebens.«*[30]

Und mit der weiblichen Vertretung in den Parlamenten sah es auch nach den ersten Nachkriegswahlen 1946 wieder schlecht aus. Während der Anteil der Frauen an der Wahlbevölkerung nun auf fast 60% gestiegen war – im Vergleich zu 53% bei den ersten Wahlen der Weimarer Republik –, lag ihr Anteil in den Landesparlamenten und später auch im ersten Bundestag nach wie vor bei maximal 7 bis 8%. Aus diesem Grund entstanden bereits ab 1946 mehrere Initiativen *»mutiger Frauen«*,[31] die ihren *»politischen Anspruch«* verwirklichen und endlich *»eine neue Form finden«* wollten, *»eine eigene Form, eine frauliche Form: indem wir die Frauen aufrufen und sammeln und eine eigene Partei bilden, eine Frauenpartei.«*[32]

Dieses Ansinnen wurde sogleich von den bereits bestehenden Parteien als unliebsame Konkurrenz abgelehnt. Bereits im August 1946 betonte die SPD in ihrer *»Entschließung zur Frauenfrage«*, dass sie *»jede Form einer Frauenpartei«* ablehnt.[33] Die Leiterin ihres Frauensekretariats, Herta Gotthelf, ließ sich einige Zeit später sogar zu der Äußerung hinreißen: *»Schade, daß man alle diese armen Würmer nicht mit einem netten Mann versorgen kann, denn ich glaube, bei den meisten Frauen dieser Sorte ist das das eigentliche Problem.«*[34]

Auch die Militärbehörden brachten der Idee einer Frauenpartei Missbilligung entgegen. Versuche, 1946 in der britischen Zone eine Deutsche Frauenpartei zu bilden,[35] konnten deshalb vorläufig nicht realisiert werden. Auch einer Partei in der amerikanischen Zone, die in Stuttgart um ihre Lizenz ersuchte, wurden Steine in den Weg gelegt: *»Die Partei nannte sich Frauenpartei und hatte überwiegend aber nicht ausschließlich weibliche Mitglieder. [...] Die Militärregierung ließ die Partei nur unter der Bedingung zu, daß sie ihren Namen änderte – sie nannte sich um in Neue Partei – und die feministischen und geschlechtsspezifischen Prinzipien des Parteiprogramms deutlich abschwächte.«*[36] Die Soziale Frauenpartei dagegen, die in Würzburg und Frankfurt von etwa 25 jüngeren Frauen unter Führung der Journalistin Ulla Illing gegründet worden war, wurde 1946 ohne solche Auflagen *»mit den Rechten und Pflichten einer politischen Partei«* zugelassen.[37]

Die neuen Frauenparteien waren, wie ihnen auch die Militärbehörde bescheinigte, *»in a close touch with various women's magazines and newspapers«*[38], und so konnten ihre Anliegen schnell verbreitet werden. *»Das Interesse der Öffentlichkeit und das Echo aus Frauenkreisen«* war zunächst *»groß«*.[39] In den Frauenausschüssen und später auch den Frauenverbänden dagegen stieß das Konzept auf großen Widerspruch und heftige Diskussionen.[40] Ulla Illing wurde von einigen ihrer Protagonistinnen, die sich noch an die Debatten der Weimarer Republik erinnerten, *»mit zahlreichen Argumenten aus dem Arsenal der klassischen Frauenbewegung«* belehrt, *»daß eine Frauenpartei grundsätzlich unpolitisch, unwirksam und längst widerlegte Theorie sei.«*[41] Vermutlich war dies der Grund, warum die Soziale Frauenpartei weder jemals Kandidatinnen aufstellte, *»noch sonst von ihrer Zulassung Gebrauch«* machte, sondern bald wieder einging.[42] Die Neue Partei kandidierte dagegen 1947 zu den Stuttgarter Kommunal-wahlen, erhielt aber nur 9.000 Stimmen, woraufhin sich ihre Hauptinitiatorin, Maria Gräfin Bredow, wieder von der Politik zurückzog.

In der frühen Bundesrepublik kam es zu einer zweiten Gründungswelle von Frauenparteien. 1951 gelang es der bereits oben erwähnten Deutschen Frauenpartei, sich endlich in Düsseldorf unter Vorsitz von Hulda Pankok zu konstituieren; zu ihren Vorstandsmitgliedern gehörte auch Katharina von Kardorff, die bereits 1931 mit ihrer Schrift über die Frauenparteien hervor-getreten war. Im gleichen Jahr wurde nach langen Vorbereitungen außerdem in Flensburg die Allgemeine Frauenpartei unter der Oberstudienrätin Dr. Emmi Hannöver ins Le-

Ulla Illing,
Seminar für Politik
am 1.2.1955
in Frankfurt am Main

ben gerufen, die sich als *»die konsequente Weiterentwicklung der ›Frauenbewegung‹ alten Stils«* verstand.[43] Beide Parteien fusionierten im Sommer 1952 zur Partei der Frauen unter Bundesvorsitz von Frau Hannöver, wobei allerdings eine Restgruppe der Deutschen Frauenpartei unter ihrer Begründerin Hulda Pankok als Unabhängige Frauenpartei weiterbestehen blieb. Die Partei der Frauen kandidierte bei der Bundestagswahl 1953, aber trotz einer Wahlkoalition mit der von Helene Wessel, Gustav Heinemann und Klara-Maria Faßbinder gegründeten Gesamtdeutschen Volkspartei (GVP) gelang der Sprung über die 5%-Hürde nicht.[44] Diese Wahlkoalition war zustande gekommen, da sich die GVP *»aufgrund ihrer pazifistischen Grundhaltung besonders auf die Mitarbeit von Frauen stützte«*[45] und damit die wichtigste Prämisse teilte, die allen Frauenparteien der Nachkriegszeit gemeinsam war. Die Erfahrungen von Nationalsozialismus und Krieg haben sich *»in uns eingebrannt«*, schilderte Ulla Illing, *»wir haben gelernt über die Ursachen nachzudenken, die uns und der Welt nichts als Leid und Not gebracht haben«*.[46] Und als diese Ursache galt den Frauenparteien, *»daß die ausschließliche Männerherrschaft in Deutschland ihren Höhepunkt erreicht und das zulässige Maß überschritten«*[47] und deshalb *»die bisherige Politik, die eine Männerpolitik genannt wird, restlos Schiffbruch erlitten hat.«*[48] An den Frauen sei es nun, eine Veränderung, mit dem Ziel der vollständigen Befriedung der Nationen zu erreichen und dazu müsse sich ihr Einfluss entscheidend im gesamten staatlichen Leben geltend machen.

Von den Frauenparteien wurde dabei aber immer wieder betont, dass es nicht ihr Ziel sei, einen *»totalen Frauenstaat«* zu schaffen, da *»Einseitigkeit nichts Produktives sein«* könne, sondern dass *»auch in der Gestaltung des öffentlichen Lebens der Mann und die Frau – jeder seiner Wesensart gemäß, – die Aufgabe erfüllen muß, die ihm zusteht.«*[49] Ganz ähnlich wie auch im gemäßigten Teil der alten Frauenbewegung wurde in der Nachkriegszeit auf eine angeblich spezifische Wesensart der Frauen rekurriert.

Die neue Frauenbewegung – zwischen Autonomie und Institution

Im Rahmen der bundesrepublikanischen Restaurationsphase verschwanden alle in der unmittelbaren Nachkriegszeit konstituierten Frauenparteien wieder von der politischen Bildfläche. Das Konzept einer eigenständigen parteilichen Einmischung der Frauen fiel für fast 20 Jahre in einen Dornröschenschlaf, der erst mit den Anfängen der neuen Frauenbewegung endete. Diese setzte zwar auf Autonomie statt auf Parteistrukturen, rüttelte aber das allgemeine politische Bewusstsein für die Frauenunterdrückung derart auf, dass auch die Idee einer Frauenpartei wieder zum Leben erwachte, und es zu erneuten Gründungen kam. Auslöser waren auch hier wieder die bereits bekannten: der Frauenanteil im Bundestag sank 1972 unter Willy Brandt und der Parole *»Mehr Demokratie wagen!«* auf seinen historischen Tiefstand von 5,8%, und Frauenpolitik stellte für die Parteien nach wie vor kein relevantes Politikfeld dar. Die Erinnerung an die früheren Frauenparteien waren aber mittlerweile so vollständig verschüttet, dass sich eine Parteigründung von 1970 Erste Frauenpartei nannte. In diesem Jahr wurde außerdem die Unabhängige Deutsche Frauenpartei gebildet und 1975 folgte die Deutsche Frauenbewegung; alle drei erlangten keinerlei Bedeutung. Bekannter wurde die Frauenpartei, sie konstituierte sich 1979 – vermutlich unwissentlich – ausgerechnet im westfälischen Städtchen Warendorf, das in der Weimarer Republik für eine der ersten erfolgreichen Frauenlisten berühmt geworden war. Die Hauptinitiatorinnen, Eva Rath und Sybille Helfferich, waren frustrierte frühere SPD- und FDP-Politikerinnen und die Parteimitglieder *»enthusiastische Familienfrauen mit unverbildetem Gefühl und Verstand, die mit Frauenforderungen in die Parlamente wollen; die begriffen haben, daß Vaterschaft dieselben Folgen haben muß wie Mutterschaft; die jetzt selber Politik machen!«*[50] Das Parteiprogramm beruhte, der politischen Situation der 80-er Jahre gemäß, auf den drei Säulen Umweltschutz, Pazifismus, Frauenpolitik. Was die frauenpolitischen Forderungen angeht, so beschränkte sich das Programm auf einen Abklatsch des *»Frauenprogramms gegen Diskriminierung«*, das Marie-Louise Janssen-Jurreit ebenfalls 1979[51] veröffentlicht hatte, jedoch explizit als *»Forderungskatalog und keinesfalls als Parteiprogramm«* verstanden wissen wollte.[52]

Innerhalb der Frauenpartei entzündeten sich bald schwere Konflikte an der Frage ei-

Emmi Hannöver

Bild rechts im Text: Eva Rath (stehend) während der Podiumsdiskussion auf der Frauen-Sommer-Uni 1979 in Berlin

ner möglichen Mitgliedschaft von Männern, und nach einem heftigem Führungsstreit kam es bereits ein Jahr nach der Gründung zur Spaltung: eine Kieler Gruppe um Eva Rath, die Männer aufnahm, blieb unter dem alten Namen zusammen, eine Soester Gruppe um Sybille Helfferich mußte sich umbenennen in Frauen ins Parlament. Nur die Frauenpartei trat in den folgenden Jahren zu Wahlen an, zum ersten Mal bei den Niedersächsischen Landtagswahlen im März 1982, später auch bei weiteren Landtags-, bei Bundestags- sowie Europawahlen. Ein Erfolg blieb jedoch aus, sie erhielt nie mehr als 0,3% der Stimmen, was nicht einmal für eine Rückerstattung der Wahlkampfkosten ausreichte.[53] Auch Mitglieder hatte die Partei kaum, fast zehn Jahre nach ihrer Konstituierung waren es noch immer nicht mehr als 335.[54]

In der neuen Frauenbewegung, die als Basisbewegung gerade auch aus der Kritik am herrschenden Parteiensystem und seiner Stellvertreterpolitik heraus entstanden war, stieß die Frauenpartei auf grundsätzliche Bedenken. Zudem fühlte sich die Bewegung düpiert, da die Frauenpartei nur einen Tag vor Beginn der 4. Berliner Sommeruniversität für Frauen[55] – dem wichtigsten jährlichen Treffen und Diskussionsforum der Bewegung, das diesmal gerade die Frage »Autonomie oder Institution« und dabei auch insbesondere den Sinn einer Frauenpartei diskutieren wollte – in einem *»Husarinnenstreich«*[56] übereilt gegründet worden war. Diese *»Gründung an der Bewegung vorbei«*,[57] die ein beabsichtigter und rein taktischer Schachzug war, wie Eva Rath später zugab, brachte *»die Sommer-Uni fast zum Überkochen«*[58]. In einer tumultuarischen Podiumsdiskussion im, mit ca. tausend Frauen[59] vollbesetzten Hörsaal, an der autonome Feministinnen, Parteifrauen und Vertreterinnen der Frauenpartei teilnahmen, wurde die Schaffung der Frauenpartei einhellig verworfen. Sogar Hannelore Mabry, die Herausgeberin der Münchner Zeitschrift »Der Feminist«, die selbst seit Jahren für eine Feministische Partei kämpfte, verurteilte auf der Sommeruniversität die Konstituierung der Frauenpartei als *»blinden Aktionismus«*.[60]

Dass die Frauenpartei in der Frauenbewegung und später auch bei den Wählerinnen keinen Anklang fand, hing auch damit zusammen, dass der umstrittene Kanzlerkandidat der CDU/CSU für die Bundestagswahl 1980 Franz-Josef Strauß hieß. Es wurde mit gutem Grund befürchtet, dass eine Frauenpartei *»kaum die 5% Hürde schaffen«*, dadurch *»Stimmen von Grünen und Bunten«* abziehen und so *»der CDU/CSU zu einem Wahlsieg«* verhelfen würde.[61] Hierin liegt auch ein wesentlicher Grund für die eklatante Diskrepanz zwischen den zahlreichen Umfragen zu den Wahlchancen einer Frauenpartei – bei denen 1979/80 zwischen 13% und 44% der Befragten angaben, sie wären bereit, eine Frauenpartei zu wählen[62] – und den realen Wahlergebnissen der Frauenpartei, die kaum über 0% lagen. Auch der Gedanke eines Wahlboykotts als mögliches Mittel, *»die Millionenmacht, die wir Frauen darstellen könnten, gezielt einzusetzen und auszudrükken«*, wie ihn die Emma zur Diskussion stellte,[63] wurde wegen der Kandidatur von Strauß nicht weiterverfolgt.

Der Misserfolg der Frauenpartei war auch der Entstehung der GRÜNEN 1980 geschuldet, die vielen, die sich von den anderen Parteien frustriert abgewandt hatten, zunächst als Silberstreifen am Horizont erschien. *»Von Anbeginn an war der Feminismus im weitesten Sinne Bestandteil der Grünen Partei. Besonders über das bunt-alternative Spektrum in den Großstädten fand ein Teil der autonom-feministischen Frauenbewegung Zugang zu den Grünen.«*[64] Aber auch dieses Modell scheiterte; die Entwicklung der GRÜNEN zeigt trefflich, dass auch eine Anti-Parteien-Partei auf Dauer keine Chance hat, sondern vom Apparat aufgesogen wird. So verwundert es nicht, dass sich viele Frauen von den GRÜNEN abwandten und wieder einmal den Gedanken einer Frauenpartei aufnahmen. Frustrierte ehemalige GRÜNEN-Wählerinnen und -Mitglieder waren federführend an der Gründung der Feministischen Partei – Die Frauen beteiligt, die sich 1995 in Kassel konstituierte. In die siebenköpfige Bundessprecherinnenrunde wurden zwei ehemalige grüne Politikerinnen, u.a. die Ex-Bundestagsabgeordnete Jutta Oesterle-Schwerin, gewählt.

Der Gründungsaufruf enthielt die altbekannten Argumente: *»Wir wollen mehr politische Macht für Frauen. Nicht nur, weil das ein Gebot von Demokratie und Gerechtigkeit ist – schließlich sind Frauen die Mehrheit – sondern auch, weil wir der festen Überzeugung sind, daß die bestehende Gesellschaftsordnung – Staat, Produktion und die Verteilung aller Güter – aus der Sicht von Frauen neu gestaltet werden muß.«* Neu war lediglich, dass die Frauenpartei sich *»feministisch«* nennt, *»weil Frausein allein nicht genügt.«*[65] Wie dies allerdings beispielsweise mit einem Biologis-

»Wir wollen mehr politische Macht für Frauen. [...] weil die bestehende Gesellschaftsordnung – Staat, Produktion und die Verteilung aller Güter – aus der Sicht von Frauen neu gestaltet werden muß.« Ulrike Helwerth, 1995

mus zusammengehen soll, der im Parteiprogramm Müttern kraft Biologie zunächst das alleinige Sorgerecht für ihre Kinder zuspricht, ist ungeklärt. Obwohl die Gründung der Feministischen Partei in der Bevölkerung große Zustimmung fand, blieben auch ihre Wahlergebnisse weit hinter allen Erwartungen zurück.[66]

Fazit

Die vierzehn Frauenparteien des 20. Jahrhunderts haben so wenige historische Spuren hinterlassen, dass sie meist selbst nicht einmal von der Existenz ihrer jeweiligen Vorgängerinnen wussten, somit auch nicht aus deren negativen Erfahrungen lernen konnten. Trotz dieser Unkenntnis war allen Frauenparteien eine fast wortgleiche Argumentationen eigen, alle waren den Konzeptionen der Geschlechterdifferenz verhaftet und setzten – entgegen aller Erfahrungen mit Differenzen untereinander – einen gemeinsamen Kulturwillen der Frauen und ihre grundsätzliche Andersartigkeit gegenüber dem Mann voraus. Allen Frauenparteien gemeinsam ist auch, dass sie die grundsätzlichen Schwierigkeiten unterschätzt haben, die jede neue Partei – egal welcher Couleur – hat, sich in der Parteienlandschaft erfolgreich zu etablieren. Es mangelte ihnen an der ausreichenden Basis, die eine neue Partei braucht, um überhaupt eine Chance zu haben; das ›Vereinigungsmoment Frau‹ erwies sich als nicht ausreichend für einen Erfolg. Grundproblem einer Frauenpartei ist der Mangel an einem politischen Programm: *»So fehlt einer Frauenpartei das zwingende politische Thema – besser gesagt: d i e Themen, da sie sich auf Grund des breiten Wählerpotentials nicht [...] leisten kann, ›one-issue party‹ zu sein. Schon bei dem ›einen issue‹ – der Verbesserung der Lage der Frau – ist es schwierig, die divergierenden Interessen von Frauen in verschiedenen Lebenssituationen unter einen Hut zu bringen.«*[67] Oder, mit einem Slogan aus der neuen Frauenbewegung ausgedrückt: »Frausein allein ist kein Programm.«

Anmerkungen

1 Vgl. die Debatte darüber zwischen Lischnewska und Heymann im Centralblatt, 9. Jg., Nr. 1, 2 und 4, 1907/08.
2 Maria Lischnewska: Die liberale Frauenpartei, in: Centralblatt, 9. Jg., Nr. 2, 1907/08, S. 11.
3 Programm der liberalen Frauenpartei, in: Centralblatt, 8. Jg., H. 24, 1906/07, S. 194.
4 Lida Gustava Heymann: Brauchen wir eine liberale Frauenpartei?, in: Centralblatt, 9. Jg., Nr. 1, 1907/08, S. 3.
5 Vgl. Centralblatt, 9. Jg., Nr. 1 bis 4, 1907/08.
6 Lida Gustava Heymann: Nochmals die liberale Frauenpartei, in: Centralblatt, 9. Jg., Nr. 4, 1907/08, S. 27.
7 Lida Gustava Heymann: Brauchen wir eine liberale Frauenpartei?, a.a.O., S. 3f.
8 Clara Regenhardt: Noch einmal die liberale Frauenpartei, in: Centralblatt, 9. Jg., Nr. 2, 1907/08, S. 11.
9 Lida Gustava Heymann: Brauchen wir eine liberale Frauenpartei?, a.a.O., S. 3.
10 Maria Lischnewska: Die liberale Frauenpartei, a.a.O., S. 11f.
11 Barbara Greven-Aschoff: Die bürgerliche Frauenbewegung in Deutschland 1894-1933, Göttingen 1981, S. 135 und 143f.
12 Agnes von Zahn-Harnack: Die Frauenbewegung. Geschichte, Probleme, Ziele, Berlin 1928, S. 308.
13 Zit. nach ebenda, S. 316.
14 Freie Frauenpartei Deutschlands, in: Die Frau im Staat, 1. Jg., H.1, 1919, S. 19.
15 Lida Gustava Heymann, in Zusammenarbeit mit Dr. jur. Anita Augspurg: Erlebtes – Erschautes. Deutsche Frauen kämpfen für Freiheit, Recht und Frieden 1850-1940, Frankfurt/M. 1992, S. 181f.
16 Ebenda, S. 203.
17 Siehe z.B.: Frauenlisten, in: Die Frau im Staat, 8. Jg., H. 2, 1926, S. 1-3; Lida Gustava Heymann: Frauenlisten – aus eigener Kraft, in: Die Frau im Staat, 9. Jg., H. 5/6, 1927, S. 6f.
18 Vgl. z. B.: U. Fritze: Die erste erfolgreiche Frauenliste, in: Die Frau, 31. Jg., H. 9, 1924, S. 280f; Hans-Joachim Werner: Politisches Bewußtsein Warendorfer Frauen 1924, in: P. Leidinger (Hrsg.): Warendorfer Schriften 19/20, Warendorf 1989/1990, S. 52-58; Zu den Kommunalwahlen in Preußen – Frauenlisten?, in: Nachrichtenblatt des Bundes Deutscher Frauenvereine, 8. Jg., H. 10., 1928, S. 78.
19 Lida Gustava Heymann / Anita Augspurg, a.a.O., S. 204.
20 Der Bund Deutscher Frauenvereine an die Parteien des Reichstages, in: BDF Nachrichtenblatt, 4. Jg., H. 10, 15. November 1924, S. 58.
21 Frances Magnus-von Hausen: Keine Frauenpartei – aber Frauenlisten, in: Die Frau, 32. Jg., H. 5, 1925, S. 135.
22 Vgl. Die Frau, 31. Jg., H. 7, 1924, S. 195-198 und besonders 32. Jg., H. 5, 1925, S. 129-146.
23 Frances Magnus-von Hausen, a.a.O., S. 133.
24 Zur Frage einer besonderen Frauenpartei, in: Die Genossin, 2. Jg., H. 7, 1925, S. 208.
25 Eine besondere Frauenpartei, in: Die Genossin, 2. Jg., 1925, S. 396.
26 Vgl.: Johanna Gehmacher / Gabriella Hauch: Eine »deutsch fühlende Frau«. Die großdeutsche Politikerin Maria Schneider und der Nationalsozialismus in Österreich, in: Historisches Museum der Stadt Wien (Hrsg.): Frauenleben 1945. Kriegsende in Wien, Wien 1995, S.115-132.
27 Frauenpartei, Frauenlisten?, in: Jahrbuch des Bundes Deutscher Frauenvereine, 1932, S. 37.
28 Protokoll der Aussprache über das Ergebnis der Reichstagswahl für die Frauen im Anschluß an die Gesamtvorstandssitzung des BDF am 10. Oktober 1930 in Göttingen, Helene-Lange-Archiv im Landesarchiv Berlin, B 235/MF 3116, S. 2.
29 Katharina von Kardorff: Brauchen wir eine Frauenpartei?, in: Ada Schmidt-Beil (Hrsg.): Die Kultur der Frau, Berlin-Frohnau 1931, S. 364-376.
30 Ulla Illing in einer Sendung über die Frauenpartei am 29.1.1947, Frauenfunkmanuskript des Hessischen Rundfunks, S. 2, Hessisches Hauptstaatsarchiv Wiesbaden 2050/309.
31 Mila Ketterer: Das Wort und die Tat, in: Der Silberstreifen, 1. Jg., H. 3, 1946, S. 14.
32 Ulla Illing: Das neue Thema, in: Der Silberstreifen, 1. Jg., H. 6/7, 1946, S. 19.
33 Jahrbuch der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, 1946, hrsg. vom Vorstand der SPD, Hannover o.J., S. 77.
34 Archiv der sozialen Demokratie, 75 a 109 a., zit. nach: Ingrid Langer (Hrsg.): Alibi-Frauen? Hessische Politikerinnen I. In den Vorparlamenten 1946-1950, Frankfurt 1994, S. 17.
35 Vgl. Karin Hagemann / Jan Kolossa: Gleiche Rechte - Gleiche Pflichten? Der Frauenkampf für »staatsbürgerliche« Gleichberechtigung. Ein Bilder-Lese-Buch zu Frauenalltag und Frauenbewegung in Hamburg, Hamburg 1990, S. 214.
36 Rebecca Boehling: Geschlechterpolitik in der U.S. Besatzungszone unter besonderer Berücksichtigung der Kommunalpolitik, in: Clemens, Gabriele (Hrsg.): Kulturpolitik im besetzten Deutschland 1945-1949, Stuttgart 1994, S. 72. Sie bezieht sich auf: Stadtarchiv Stuttgart, Hauptaktei 0061-4.

37 Negativer Erfolg, in: Neue Zeitung vom 7.10.1946. Vgl. auch Klaus Mehnert / Heinrich Schulte (Hrsg.): Deutschland-Jahrbuch 1949, Essen 1949, S. 273.
38 Aktengruppe »Women in Politics«, 10/088-1/013 43 B: Women's Party Wuerzburg, Berlin Brief, Bayerisches Hauptstaatsarchiv München.
39 Ulla Illing in einer Sendung über die Frauenpartei am 29.1.1947, a.a.O., S. 4.
40 So z.B. auf der konstitutiven Tagung des Stuttgarter Friedenskreises um Freda Wuesthoff am 22./23. März 1947, zu dem auch Ulla Illing gehörte. Vgl. Ingrid Schmidt-Harzbach: Freda Wuesthoff – Vorkämpferin gegen atomare Aufrüstung, in: Anna-Elisabeth Freier / Annette Kuhn (Hrsg.), Frauen in der Geschichte V, Düsseldorf 1984, S. 419.
41 Gabriele Strecker: Überleben ist nicht genug. Frauen 1945-1950, Freiburg i.Br. 1981, S.58.
42 Klaus Mehnert / Heinrich Schulte (Hrsg.), Deutschland-Jahrbuch 1949, a.a.O., S. 273.
43 Emmy Hannöver: Politische Frauenbewegung, in: Die Darmstädterin, Folge 6, 1951, S. 2.
44 Gabriele Bremme: Die politische Rolle der Frau in Deutschland, Göttingen 1956, S. 142.
45 Ebenda, S. 142.
46 Ulla Illing: Das neue Thema, a.a.O., S. 17.
47 Negativer Erfolg, in: Neue Zeitung vom 7.10.1946.
48 Manifest der Sozialen Frauenpartei, in: Der Silberstreifen, 1. Jg., H. 6/7, 1946, S. 22.
49 Ulla Illing: Das neue Thema, a.a.O., S. 19f.
50 Eva Rath: Küche und Parlament. Ein leidenschaftliches Plädoyer für die Frauenpartei. Kronshagen 1982.
51 Marielouise Janssen-Jurreit: Frauenprogramm – gegen Diskriminierung. Gesetzgebung – Aktionspläne – Selbsthilfe. Ein Handbuch, Reinbek bei Hamburg 1979.
52 Monika M. Metzner: Auch der Mann soll sich emanzipieren. Die Frauenpartei gibt sich optimistisch, in: Frankfurter Rundschau vom 6.3.1982.
53 Sammlung Frauenpartei, FFBIZ Berlin, ZA + GM, BRD 19.1.6; 1979-1986, Frauenpartei Kiel.
54 Shreir, Sally (Hrsg.): Women's Movements of the world: An International Directory and Reference Guide, London 1988.
55 Vgl. Dokumentationsgruppe der Sommeruniversität der Frauen e.V. (Hrsg.): Autonomie oder Institution. Über die Leidenschaft und Macht von Frauen. Beiträge zur 4. Sommeruniversität der Frauen in Berlin 1979, Berlin 1981.
56 Frauenpartei gegründet – ein Husarinnenstreich?, in: Die Tageszeitung vom 8.10.1979.
57 Sybille Plogstedt: Wir haben gegründet und sind von Herzen froh darüber, in: Courage, H.12, 1979, S. 4.
58 Eva Rath, a.a.O., S. 45.
59 Alice Schwarzer: Brauchen wir eine Frauenpartei?, in: Emma, H. 11, 1979, S. 38.
60 Hannelore Mabry: Die neue Frauenbewegung und die Partei- und Gewerkschaftsfrage, in: Dokumentationsgruppe der Sommeruniversität der Frauen e.V. (Hrsg.), a.a.O., S. 222.
61 Aus der Diskussion um die Frauenpartei, in: Die Tageszeitung vom 9.10.1979.
62 Werden diejenigen dazugezählt, die mit »Vielleicht« antworteten, reichte die Zustimmung sogar bis zu einer Quote von 75%. Vgl. Alice Schwarzer / Ingrid Strobl (Hrsg.): Wahlboykott? Haben Frauen noch die Wahl? Eine Streitschrift zu den Wahlen '80, Emma-Sonderband 1, Köln 1980, S. 16.
63 Vgl. ebenda.
64 Gaby Brüssow: Frauenpolitik. Zum Verhältnis von Frauen und Politik am Beispiel der Frauenorganisationen der Parteien SPD und DIE GRÜNEN, Münster/New York/München/Berlin 1996, S. 70.
65 Ulrike Helwerth: Manchmal reichen Stützstrümpfe. Am Wochenende wird in Kassel die feministische Partei »Die Frauen« gegründet – als »Alternative zur Männerdominanz in den Parteien«, in: Die Tageszeitung vom 8.6.1995.
66 Jutta Oesterle-Schwerin: Die feministische Partei DIE FRAUEN – eine Lücke wird geschlossen, in: beiträge zur feministischen theorie und praxis: Wortwechsel. Sprache und Kommunikationsnetze, H. 40, 1995, S. 132.
67 Heidrun Abromeit: Die Stellung der Frau im politischen System – oder: Vom Sinn und Unsinn einer Frauenpartei, in: Gegenwartskunde. Zeitschrift für Gesellschaft, Wirtschaft, Politik und Bildung, H. 2 1988, S. 188f.

Randzitate

Agnes von Zahn-Harnack: Die Frauenbewegung. Geschichte, Probleme, Ziele, Berlin 1928, S. 316.

Ulrike Helwerth: Manchmal reichen Stützstrümpfe. Am Wochenende wird in Kassel die feministische Partei »Die Frauen« gegründet – als »Alternative zur Männerdominanz in den Parteien«, in: Die Tageszeitung vom 8.6.1995.

Bildnachweise

Seite 65: Bilder vom Internationalen Frauenkongreß 1904, Berlin 1904, S. 31.
Seite 66: Bucheinband, Berlin 1931, Archiv der deutschen Frauenbewegung, Kassel.
Seite 67: Nachlaß Gabriele Strecker, Archiv der deutschen Frauenbewegung, Kassel.
Seite 68: (links) Privatbesitz H. Wendeln.
Seite 68: (rechts) Der Stern, 25.10.1979, S. 77.
Seite 69: Einladung der feministischen Partei Die Frauen zu einer Infoparty, 2.10.1995, Privatbesitz.